

# Dagegenhalten!

## Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis rufen auf, NEIN zu einer Verschärfung der Zuwanderungsdebatte zu sagen

Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass sich der Ton in der Zuwanderungsdebatte verschärft. Politik und Parteien erwecken mit ihrer Rhetorik den Eindruck, bei der gegenwärtigen Zuwanderung handele es sich um über uns hereinbrechende „Katastrophen“, „Krisen“ und „Wellen“. Und diese seien nur beherrschbar durch Obergrenzen, Kontingente, Abschiebungen und eine Verschärfung des Asylrechtes. Als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Main-Kinzig-Kreis stellen wir uns gegen diese Diskussion und werben für andere Antworten.

### **Menschen auf der Flucht**

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht. Fast 60 Millionen fliehen vor den Auswirkungen von Krieg, Verfolgung oder Hunger. Etwa zwei Drittel von ihnen sind Binnenvertriebene, die Schutz im eigenen Land suchen. Die anderen haben sich auf den Weg ins Ausland gemacht, etwa 1,5 Millionen auf den gefährlichen Weg nach Europa. Ihre Flucht nahm in dem Moment zu, als das Flüchtlingswerk der UN die Lebensmittelrationen in den Flüchtlingscamps kürzen musste, weil die Weltgemeinschaft zwar in Kriege und Rüstung investiert, nicht aber in die Versorgung und Unterbringung von Menschen auf der Flucht.

**Wir sagen: Wer die Flucht eindämmen will, der darf nicht Krieg führen, sondern muss die vom Krieg zerstörten Länder wieder aufbauen und in Perspektiven für Menschen investieren!**

### **Ende der Belastbarkeit erreicht?**

Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte zeigt: Es gibt keine natürliche Grenze der Belastbarkeit in einer Gesellschaft. Die Integration der zehn Millionen Flüchtlinge in das stark zerstörte Nachkriegsdeutschland ist genauso gelungen wie die Integration der fast zwei Millionen Spätaussiedler, die Anfang der 90er Jahre in die Bundesrepublik kamen. Sie erhielten Eingliederungshilfen, Sprach- und Bildungsangebote. Ihre Integration gilt deshalb heute als Erfolgsgeschichte. Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland ist etwa 30 Prozent höher als das des gesamten afrikanischen Kontinents. Und selbst wenn alle Flüchtlinge dieser Welt nach Deutschland kämen, hätten wir immer noch eine geringere Einwohnerdichte als Südkorea, Belgien oder die Niederlande. Wer vor diesem Hintergrund von einem Ende der Belastbarkeit spricht, der will nur Stimmung machen!

**Wir sagen: Es gibt keine natürliche Aufnahmegrenze einer Gesellschaft, sondern immer nur den politischen Willen, deshalb stehen Politik und Medien in einer besonderen Verantwortung!**

### **Eine Krise der sozialen Gerechtigkeit**

Für uns gibt es keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Die aktuelle Zuwanderung macht die Defizite unserer Gesellschaft sichtbar, die schon seit Jahren bestehen. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, an ausreichend Personal, an fairen Bildungschancen und an gut bezahlten Jobs. Jetzt zeigt sich: Es war ein Fehler, die Kommunen immer weiter zu verschlanken und nicht ausreichend auszustatten. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Politik, die Reiche und Superreiche immer stärker entlastete, allen anderen immer tiefer in die Tasche griff. Was wir brauchen ist ein Investitionsprogramm, das unsere Schulen saniert und bezahlbaren Wohnraum schafft. Gleichzeitig braucht es ein breit angelegtes Arbeitsmarktprogramm, damit nicht Zuwanderer und Langzeitarbeitslose im unteren Helfersegment um die schlechtesten Jobs konkurrieren müssen. Außerdem muss der Mindestlohn für alle gelten!

**Wir sagen: Wer von Obergrenzen und Kontingenten redet, der will nur davon ablenken, dass die öffentlichen Kassen geplündert wurden. Nicht Flüchtlinge sind eine Belastung der öffentlichen Kassen, sondern die Reichen und Superreichen, die keine Steuern**

**zahlen. Deshalb brauchen wir wieder eine Vermögensteuer, eine Erbschaftssteuer, die diesen Namen auch verdient, und die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht.**

### **Für eine soziale und nachhaltige Politik**

Die AfD ist aktuellen Umfragen zufolge gegenwärtig die drittstärkste Kraft in Hessen. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer öffentlich geführten Diskussion, die auf rechtspopulistische Impulse setzt, anstatt im Interesse aller sozialen Antworten auf die Ängste der Menschen zu geben. Diese Stimmung der Entsolidarisierung und Verschärfung schadet der gesamten Gesellschaft, sie schadet aber vor allem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn die Kollegen im Betrieb nicht zusammenstehen, dann profitiert vor allem der Chef davon. Zudem ist die AfD gefährlich. Säße sie im Parlament, wären die Leidtragenden ihrer Politik in erster Linie die Arbeitnehmer. Wenn es nach ihr ginge, würde der Spitzensteuersatz weiter gesenkt und staatliche Aufgaben auf ein Minimum reduziert werden. Die AfD ist klar gegen den Mindestlohn und damit für die Ausweitung des Niedriglohnsektors.

**Wir sagen: Statt Ausgrenzung und Gesetzesverschärfungen brauchen wir eine Politik, die sich in die öffentliche Debatte einmischt, die dagegen hält und die soziale Frage wieder offensiv stellt.**

Ulrike Eifler, Geschäftsführerin des DGB Südosthessen | Angelika Kappe, Geschäftsführerin ver.di Hanau und ver.di Osthessen | Robert Weissenbrunner, IG Metall Hanau-Fulda

Ulrike Eifler  
DGB Südosthessen  
Regionsgeschäftsführerin  
[ulrike.eifler@dgb.de](mailto:ulrike.eifler@dgb.de)